

Resolution der Vollversammlung am 18. Dezember 2025

Verwerfungen am Düngemittelmarkt vermeiden

Ab 2026 drohen durch den CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) sowie durch zusätzliche Zölle auf Stickstoffdünger aus Russland und Weißrussland erhebliche Belastungen für die Landwirtschaft. Düngemittel machen bis zu 30 Prozent der Produktionskosten im Ackerbau aus, die Preise für Dünger haben sich seit dem Ukraine-Krieg bereits verdoppelt. CBAM könnte die Kosten um weitere 40 bis 140 Euro pro Tonne erhöhen, während Agrarimporte aus Drittländern mit günstigeren Produktionsbedingungen unberührt bleiben. Dies gefährdet die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit des heimischen Ackerbaus massiv.

Neben Preissteigerungen bestehen gravierende Unsicherheiten bei der Düngemittel-Versorgung: Rund 30 Prozent des in der EU benötigten Stickstoffdüngers stammen aus Importen. Fehlende Referenzwerte, unklare Zertifizierungsverfahren und technische Probleme bei der CBAM-Umsetzung erhöhen das Risiko für die Verfügbarkeit und Kostenstabilität. Dem Ackerbau fehlt aktuell jegliche Planungssicherheit, da zahlreiche Modalitäten der Abwicklung noch ungeklärt sind. Aufgrund der erst im Jahr 2027 erfolgenden rückwirkenden Zertifikatsberechnung für den Düngemittelbezug im Jahr 2026 können Händler nicht kalkulieren, womit die erwarteten Preisaufschläge nur grob zwischen 10 Prozent und über 30 Prozent geschätzt werden können. Diese Unsicherheit droht den Handel mit Düngemitteln ab 2026 praktisch zum Stillstand zu bringen, die Preise für noch verfügbare Dünger weiter in die Höhe zu treiben und die Versorgung zu gefährden.

Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Oberösterreich fordert daher den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft (BMLUK) sowie den Bundesminister für Finanzen (BMF) mit allem Nachdruck auf, sich gegenüber der EU-Kommission konsequent für folgende Punkte einzusetzen:

- Verschiebung der CBAM-Umsetzung im Düngemittelbereich, bis alle technischen und rechtlichen Fragen geklärt sind und Planungssicherheit für den Düngemittelhandel und die landwirtschaftlichen Betriebe gewährleistet ist,
- Aufnahme von EU-Importen und Exporten von Agrargütern, um wirtschaftliche Verdrängungseffekte von EU-Agrarprodukten beim Handel mit Drittstaaten zu vermeiden.